

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

Hier: Umsetzung des Radverkehrskonzepts im Rahmen des Doppelhaushaltes 2020 / 2021

Beratungsfolge:

10.06.2020 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung stellt dar, welche Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept der Stadt Hagen auf der Grundlage des Haushalts für die Jahre 2020 / 2021 in welchem Zeitablauf und in welcher Form / Planung umgesetzt werden sollen.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung
(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Hans- Georg Panzer
im Hause

Hagen, 28. Mai 2020

Umsetzung des Radverkehrskonzepts im Rahmen des Doppelhaushaltes 2020 / 2021

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrages für die nächste Sitzung des Umweltausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 10. Juni 2020.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung stellt dar,

- welche Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept der Stadt Hagen auf der Grundlage des Haushalts für die Jahre 2020 / 2021 in welchem Zeitablauf und in welcher Form / Planung umgesetzt werden sollen.

Begründung:

In der Sitzung des Umweltausschusses im März 2020 wurde folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Die Verwaltung stellt dar,

a)

-welche Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept der Stadt Hagen auf der Grundlage des Haushalts für die Jahre 2020 / 2021 in welchem Zeitablauf umgesetzt werden sollen.

b)

- welche Schritte und in welcher zeitlichen Abfolge auf der Grundlage des Abschnitts 5. 3 des Radverkehrskonzepts (Ergänzung um nicht-investive Maßnahmen) eingeleitet, umgesetzt oder geplant sind. Dies gilt auch für den vorgesehenen politischen Beirat für Nahmobilität (Seite 124 des Konzepts).

Der Presse war zu entnehmen, dass Fördermittel für den Ausbau der Radwege in Hagen beantragt wurden. Es ist dringend geboten, dass der zuständige Ausschuss an den konkreten Planungen der einzelnen Maßnahmen beteiligt wird. Diese Forderung ist bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Jahr 2019 erhoben und in der Sitzung des Ausschusses im März 2020 einstimmig bekräftigt worden.
Die Fraktion behält sich vor, dass sie auf der Grundlage des Berichtes Anträge stellt.

Mit freundlichen Grüßen



Werner König
SPD-Ratsfraktion

